



► Nr. VO/2016/03315
öffentlich

Lübeck, 12.01.2016

Bearbeitung: Undine Wetter (E-Mail: undine.wetter@ebhl.de Telefon: 70760-101)

**Empfehlung des Werkausschusses der Entsorgungsbetriebe
Lübeck zum Antrag der Fraktion DIE LINKE - "Obstanbau städtisch
unterstützen" 17. Sitzung der Bürgerschaft vom 24. September
2015 (VO/2015/03026)**

Begründung

An die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Werkausschuss der Entsorgungsbetriebe Lübeck hat in seiner 25. Sitzung am 19.11.2015 in der Wahlperiode 2013 – 2018 einstimmig beschlossen, Ihnen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE – „Obstanbau städtisch unterstützen“ – die folgende Empfehlung auszusprechen:

„Der Ausschuss beschließt einstimmig entsprechend dem Vorschlag des Vorsitzenden den Antrag abzulehnen.“

gefertigt

Erhard Wilcken
(Geschäftsführung Werkausschuss)

**Auszug
aus der Niederschrift zur Werkausschusssitzung der EBL Nr. 25 vom 19.11.2015**

Öffentlicher Teil

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

17. Sitzung der Bürgerschaft am 24. September 2015

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.10 mit VO/2015/03026 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion DIE LINKE einstimmig an den Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung und Werkausschuss EBL (**federführend**) überwiesen:*

Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!

**zu 7.1 Obstanbau städtisch unterstützen
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 17. Sitzung der Bürgerschaft vom 24. September 2015 (VO/2015/03026)
Vorlage: VO/2015/03156**

Herr Martens erklärt den Antrag seiner Fraktion. Die Obstinitiative habe sich zum Ziel gesetzt, alte Apfelbäume zu erhalten. Er weist auf die Wichtigkeit dieser Naturschutzmaßnahme hin und befürwortet den Erlass der Straßenreinigungsgebühr.

Herr Dr. Verwey erklärt, dass das Abgabenrecht so etwas nicht vorsehe, gebührenrechtlich sei das Thema nicht zu lösen. Die EBL seien nicht zuständig. Ob ein Erlassgrund vorliege, könne nur der Bereich Steuern der Hansestadt Lübeck entscheiden.

Herr Martens wolle den Antrag an den Bereich Steuern weiterleiten.

Frau Dr. Koop ergänzt, dass der Antrag im Dezember 2015 ebenfalls auf der Tagesordnung im Umweltausschuss beraten werde, wo ein enger Zusammenhang zwischen Naturschutz und Verein bestehe. Danach finde eine entsprechende Rückmeldung an die Bürgerschaft statt.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Antrag VO/2015/03156 wegen Nichtzuständigkeit abzulehnen und lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschließt einstimmig entsprechend dem Vorschlag des Vorsitzenden, den Antrag abzulehnen.